

Kurz vor der historischen Erweiterung um 10 neue Länder hat die Europäische Union zu Geschlossenheit zurück gefunden. Nach monatelangen Diskussionen legten die EU-Staats- und Regierungschefs beim Gipfeltreffen in Brüssel ihren Streit über eine europäische Verfassung bei und versprachen eine Einigung bis zum nächsten Gipfeltreffen. Nicht nur diese zeitliche Festlegung ist es, die Hoffnung macht. Zwar muss in den kommenden Wochen noch an dem vom Konvent vorgeschlagenen Modell der doppelten Mehrheiten gefeilt werden, doch in den Grundsätzen nähert man sich wieder den Ideen des Konvents an. Ein Kompromiss wird nicht mehr als Kapitulation angesehen. Dazu hat sicher auch der Schock der Terroranschläge von Madrid beigetragen. Die gemeinsame Erfahrung der Bedrohung macht die Notwendigkeit zur Gemeinsamkeit wieder stärker bewusst und erinnert an die Anfänge der europäischen Einigung.

Neue Hoffnung für Europa

„Der Weltfrieden kann nur durch schöpferische, den drohenden Gefahren angemessene Anstrengungen gesichert werden. Wenn Frankreich, Deutschland und weitere Beitrittsländer ihre wirtschaftliche Grundproduktion zusammenlegen und eine Hohe Behörde einsetzen, wird dieser Plan die ersten konkreten Grundlagen für eine europäische Föderation schaffen, die zur Erhaltung des Friedens notwendig ist.“ Diesen Plan, von Jean Monnet erdacht, stellte der damalige französische Außenminister Robert Schuman am 9. Mai 1950 der Öffentlichkeit vor. Um an diese Geburtsstunde der EU zu erinnern, wird alljährlich am 9. Mai der Europatag gefeiert.

In Europa leben seit Jahrhunderten Völker zusammen, die sich ihrer gemeinsamen Herkunft und kulturellen Verwandtschaft bewusst sind. Über Jahrhunderte haben sie sich als Nachbarn ergänzt. Aber ohne feste Regeln des Zusammenlebens und ohne überstaatliche Einrichtungen konnte die Katastrophen europäischer Bürgerkriege nicht verhindert werden. Noch heute sind Länder, die nicht zur EU gehören, vor schrecklichen Tragödien nicht sicher.

IN VIELFALT GEEINT
9. MAI 2004 - EUROPATAG



Jeder europäische Staat, der sich frei und demokratisch entschieden hat, der EU beizutreten, verpflichtet sich zu Frieden und Solidarität, die Grundsteine für das europäische Haus. Diese Werte verwirklichen sich durch wirtschaftliche und soziale Entwicklung, das regionale Gleichgewicht und die Erhaltung der Umwelt. Es soll ein Europa entstehen, das die Freiheit und die Identität jedes der europäischen Völker achtet, ein Europa nach dem Prinzip gestaltet, was besser auf Gemeinschaftsebene erreicht werden kann, soll auch in gemeinschaftlicher Verantwortung beschlossen und ausgeführt werden. Jeder Europäer soll seine Eigenheiten bewahren und sich trotzdem in seiner europäischen Heimat frei bewegen und zu Hause fühlen können.

■ Der Weg der EU zu einer großen Friedensgemeinschaft

Vor über 55 Jahren, im Mai 1948, noch unter dem Eindruck der Tragödien des Zweiten Weltkrieges, versammelten sich in den Haag unter dem Vorsitz von Winston Churchill 750 Männer und Frauen aus 30 Staaten und forderten zur Sicherung des Friedens und Verhinderung eines neuen mörderischen Krieges die Bildung einer föderativen Europäischen Union. Das war der Beginn des europäischen Einigungsprozesses, der schrittweise vom Schuman-Plan und der Gründung der Kohle- und Stahl-Gemeinschaft zum Vertrag von Nizza und der heutigen EU mit jetzt 15 und ab Mai 2004 zu 25 Mitgliedstaaten führt.

Obwohl der europäische Einigungsprozess sehr lange von dem Ziel einer wirtschaftlichen Integration dominiert wurde und auch heute noch wird, soll und darf nicht vergessen werden, dass er primär der Friedenssicherung dient. Auch die Aufgabe der nationalen Souveränität auf wirtschaftlichem Gebiet soll einen Krieg zumindest zwischen europäischen Staaten unmöglich machen und den Weg für eine auch politische Integration Europas bereiten. Dies wird auch im ersten Absatz der Präambel des EWG-Vertrages von 1957 mit den Worten dokumentiert: „die Grundlagen für einen immer engeren Zusammenschluss der europäischen Völker zu schaffen.“ Einen bedeutenden Schritt in diese Richtung stellt die Überleitung der EG in eine Union im Jahr 1992 dar. Sowohl die Bildung einer Union, als auch ihre Erweiterung um jetzt 10 weitere Staaten erfordern inhaltliche und organisatorische Veränderungen, um die EU funktionsfähig zu erhalten. Aber auch um der berechtigten Forderung nach mehr Demokratie und mehr Transparenz innerhalb der EU Rechnung zu tragen, hat der Europäische Rat am 11. Dezember 2000 in Nizza mit seiner Erklärung über die Zukunft der EU einen weitreichenden Reformprozess in Gang gesetzt, der mit der Ausarbeitung des Entwurfs einer Verfassung für die EU durch einen vom Europäischen Rat eingesetzten Konvent aus Vertretern des Europäischen Parlaments, der Parlamente und der Regierungen der Mitgliedstaaten, einschließlich der neu beitretenden Staaten, sowie der Europäischen Kommission seinen ersten Abschluss fand. Dieser Entwurf, der, um Rechtskraft zu erlangen, der Zustimmung aller Mitgliedstaaten bedarf, war Gegenstand einer Regierungskonferenz, die Ende 2003 zusammengetreten ist. Diese Regierungskonferenz ist an Souveränitätsdenken einzelner Staaten gescheitert und hat ihr Ziel, die Annahme einer neuen Verfassung für die EU, nicht erreicht.

Dieser Verfassungsentwurf lässt wohl manche Wünsche offen, stellt aber dennoch einen großen Fortschritt dar. Insbesondere Teil III dieser Entwürfe, der über den üblichen Rahmen einer Verfassung weit hinausgeht, gibt zu manchen

Fragen Anlass. Dessen ungeachtet ist zu hoffen, dass er letztlich ohne weitreichende Veränderungen die Billigung einer hoffentlich noch unter der irischen Präsidentschaft im ersten Halbjahr 2004 zusammentretenden neuen Regierungskonferenz, die darüber letztlich zu entscheiden hat, finden wird. Damit wären die Voraussetzungen gegeben, dass diese neue Verfassung der EU zwar nicht gleichzeitig mit der Erweiterung im Mai 2004, aber doch in absehbarer Zeit in Kraft treten kann. Obwohl die EU aufgrund dieser Verfassung von einer echten bundesstaatlichen Organisation noch weit entfernt wäre, würde sie einen wichtigen Schritt in diese Richtung darstellen. Es kann daher festgehalten werden, dass der europäische Einigungsprozess trotz mancher Rückschläge seinem wesentlichen Ziel, einen Raum des Friedens zu schaffen, wieder einen bedeutenden Schritt näher gekommen ist. Den Integrationsprozess zu vertiefen und räumlich auszudehnen, muss unser Ziel bleiben. Wir sehen daher den weiteren Erweiterungsschritten etwa 2007 mit Bulgarien und Rumänien und vielleicht auch Kroatien mit großem Interesse entgegen.

Eine Friedensgemeinschaft, um erfolgreich zu sein, braucht aber mehr als gemeinsame Institutionen. Wenn sie nur eine Art technokratisch-wirtschaftliche Konstruktion ist, wird sie Belastungen, die in jeder Gemeinschaft unvermeidlich sind, nicht standhalten. Europa ist mehr als ein bloß geographischer Begriff. Europa ist eine Gemeinschaft, die sich durch ihr Bekenntnis zu gemeinsamen Werten definiert.

Die Wurzeln dieser europäischen Wertegemeinschaft sind in der Antike und im Christentum zu suchen. Ihre entscheidende Ausprägung hat sie jedoch durch die Philosophie der Aufklärung im 17. und 18. Jahrhundert erfahren. Die Aufklärung ist der Ursprung des für unsere heutige Wertegemeinschaft wesentlichen Individualismus, der Menschenrechte, der Toleranz und des Rationalismus. Nur jene Staaten, die sich zu diesen Grundwerten bekennen und sie auch leben, können und sollen Mitglieder der EU werden. In allen jenen Verträgen, die derzeit noch in ihrer Gesamtheit die Verfassung der EU bilden, ebenso wie im Entwurf einer neuen Verfassung der EU findet sich daher neben dem Bekenntnis zum Frieden auch das Bekenntnis zu den Menschenrechten und zur Demokratie. Sichtbarer Ausdruck dieses Bekenntnis ist die von allen Mitgliedstaaten der EU, aber auch von allen Beitrittswerbststaaten unterzeichnete und ratifizierte Europäische Menschenrechtskonvention vom 4. November 1950, sowie die vom Europäischen Rat in Nizza im Dezember 2000 feierlich proklamierte Charta der Grundrechte der Europäischen Union, die als Teil II auch in den Entwurf einer Verfassung der EU Eingang gefunden hat.

(Fortsetzung auf Seite 3)



In jeder Beziehung
zählen
die Menschen.

Südoststeirische
SPARKASSE

Neuer Schwung für Europa

Die Europäische Union ist heute viel mehr, als noch vor wenigen Jahren, eine sehr hoch entwickelte integrierte Gemeinschaft mit voller Freizügigkeit für Güter, Menschen und Kapital, mit gemeinsamen Wettbewerbsregeln und einem gemeinsamen Umweltschutzstandard, einer schon weitgehenden Währungsunion, einer zunehmenden Harmonisierung der Justiz und der inneren Verwaltung, insbesondere zur Verbrechensbekämpfung und der Bekämpfung des Terrorismus, sowie des Flüchtlings- und Wanderungswesens und auf dem Weg zu einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik.

Die Europäische Union hat mit dem Vertrag von Nizza vom 26. Februar 2001 und der in Vorbereitung stehenden Verfassung die Voraussetzungen für den Beitritt zu einer solchen Gemeinschaft von mehr als 20 Staaten geschaffen. Auf Seiten der Beitrittswerber setzt ein Beitritt voraus, dass die gesetzlichen, organisatorischen, wirtschaftlichen und politischen Voraussetzungen gegeben sind, um die in all diesen Bereichen aus der Mitgliedschaft sich ergebenden Verpflichtungen erfüllen zu können.

Die Beitrittsverhandlungen wurden zunächst mit jenen 6 von den 12 Beitrittswerbern eingeleitet, die bereits die größten Fortschritte bei der Schaffung dieser Voraussetzungen gemacht haben. Aufgrund des Beschlusses des Europäischen Rates von Helsinki vom 10./11. Dezember 1999 wurden die Beitrittsverhandlungen auch mit den restlichen Beitrittswerbern aufgenommen. Die Türkei wurde gleichzeitig als Beitrittswerber anerkannt. Beitrittsverhandlungen sollen allerdings erst zu einem späteren Zeitpunkt aufgenommen werden, wenn die Türkei auf politischem, sozialem und wirtschaftlichem Gebiet entsprechende Fortschritte erzielt hat. Mit 10 der Beitrittswerber wurden die Beitrittsverhandlungen inzwischen abgeschlossen und das Beitrittsverfahren ist soweit gediehen, dass sie im Mai 2004 Mitglied der EU werden.

Ein Beitritt Bulgariens und vielleicht auch Rumäniens dürfte 2007 möglich werden. Ein Beitrittstermin für die Türkei kann noch nicht vorausgesagt werden. Inzwischen ist mit weiteren

Beitrittswerben, insbesondere aus dem ehemaligen Jugoslawien zu rechnen, wobei Kroatien sicherlich gewisse Chancen hat, bereits 2007 gemeinsam mit Bulgarien und allenfalls Rumänien der EU beizutreten.

Eine Erweiterung der Europäischen Union bringt für alte und neue Mitglieder Vorteile, sie sichert insbesondere den Frieden unter ihren Mitgliedern, fördert die wirtschaftliche Expansion durch den Binnenmarkt und bringt mehr Freizügigkeit für ihre Bürger. Sie bringt aber auch Belastungen und das insbesondere für die neuen Mitglieder. Für die bisherigen mögen sich Probleme etwa auf dem Arbeitsmarkt und der inneren Sicherheit sowie für die Klein- und Mittelbetriebe, insbesondere in den Grenzregionen, ergeben. Diese möglichen Probleme sollen jedoch nicht überschätzt werden und werden durch die Vorteile sicherlich weit übertroffen.

Für die neuen Mitglieder bedeutet der Beitritt zur EU jedoch unter anderem tiefgreifende Veränderungen in der Wirtschaftsstruktur, die Notwendigkeit weitgehender Maßnahmen im Umweltbereich und eine Verbesserung der sozialen Standards, den Aufbau einer wirksamen Sicherheitskontrolle zur Bekämpfung der Kriminalität und eines Grenzschutzes an den neuen Außengrenzen. Gleichzeitig sind die neuen Mitgliedstaaten mit jenen Problemen konfrontiert, die sich aus dem unterschiedlichen Lebensstandard und der unterschiedlichen Kaufkraft ergeben, die zu Unzufriedenheit bei ihrer Bevölkerung und inneren Spannungen führen können.

Um diese Nachteile und Gefahren besonders auch für die neuen Mitglieder in Grenzen zu halten, waren entsprechende Übergangsregelungen unvermeidbar. Trotz dieser Probleme, die gemeinsam im Geiste der Solidarität bewältigt werden können, überwiegen für alte und neue Mitglieder die Vorteile und wir dürfen hoffnungsvoll der Zukunft entgegensehen, wenn alte und neue Mitglieder bereit sind, nationale Interessen und überholtes Souveränitätsdenken im gemeinsamen Interesse Europas zur Sicherung des Friedens hintanzustellen.

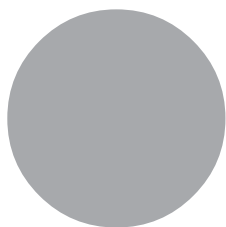
BM a.D. Dr. Willibald Pabr
Ehrenpräsident der Europäischen Bewegung



Filiale

8330 Feldbach, Hauptplatz 4 / Bürgergasse 19

Bank Austria
Creditanstalt



klaus griedl

GAS – WASSER – BAUSPENGLEREI – KLIMA – WELLNESS – HEIZUNG

8820 NEUMARKT, FREIMOOSSTR. 1 – 3

Tel.: 03584/2134, Fax: 03584/2134 - 4, www.griedl.at, klaus@griedl.at

■ EU-Erweiterung: Österreich Gewinner

„Österreich wird wahrscheinlich der größte Erweiterungs-Gewinner unter den derzeitigen EU-Mitgliedern sein“, sagt eine Studie des Wiener Instituts für Internationale Wirtschaftsvergleiche. Die Kosten einer Nicht-Erweiterung würden die Kosten der Erweiterung bei weitem übersteigen. „Österreich hat die stärksten Außenhandelsverflechtungen mit den Beitrittsländern“, so Erweiterungs-Experte Havlik im Gespräch mit der „Presse“. Die EU-Aufnahme wird zu einem Anstieg des Wohlstandes in den neuen Mitgliedsländern führen. Dadurch werden dort auch Kaufkraft und Nachfrage steigen. Die Erweiterung wird das Unionseinkommen in den nächsten zehn Jahren laut Bank Austria-Creditanstalt um rund 250 Milliarden Euro erhöhen. Nach Österreich werden davon etwa zehn Prozent fließen. Unter den vier wichtigsten Handelspartnern Österreichs sind

laut Statistik Austria mit Ungarn und Tschechien zwei EU-Neulinge. Die österreichischen Exporte nach Osteuropa haben sich im vergangenen Jahrzehnt bereits vervierfacht. Nach dem 1. Mai wird es laut Experten weitere Steigerungen geben. Havlik erwartet, dass sich auch die österreichischen Investitionen und die Zahl der Projekte in den Beitrittsländern erhöhen werden: „Vor allem kleine und mittlere Unternehmen werden davon profitieren.“

Die primäre Angst der Österreicher, durch die EU-Vergrößerung Arbeitsplätze zu verlieren, widerlegen gleich mehrere Studien. Denn im Falle einer Nicht-Erweiterung würden in Österreich 1300 bis 4000 Arbeitsplätze pro Jahr weniger geschaffen als in den EU-25. Die Ostöffnung hat in den letzten zehn Jahren bereits rund 130.000 zusätzliche Jobs in Österreich gebracht.

■ Kulturhauptstädte Europas 2004

Seit 1985 kürt der EU-Ministerrat jährlich eine oder mehrere „Kulturhauptstädte“. Ziel ist dabei, den Menschen die Region näher zu bringen und Kulturaustausch zu fördern. Graz war Kulturhauptstadt 2003. Alle Erwartungen der Organisatoren wurden dabei weit übertroffen. Rund 2,7 Millionen Menschen aus aller Welt besuchten die Veranstaltungen in Graz. 2004 gibt es zwei Kulturhauptstädte: Genua und Lille. Genua, die Heimatstadt von Columbus will seinen Besuchern zeigen, dass sich frühere seefahrerische Größe, moderne Industrie, Tourismus und Kultur verbinden lassen. Die Altstadt und der Hafen wurden revitalisiert. In zahlreichen Museen und Palästen ist die kulturelle Blüte Genuas allgegenwärtig. Die Arbeiten der flämischen Maler Peter Paul Rubens und Anton van Dyk sowie italienischer Meister werden gezeigt.

Auch Lille, früher Zentrum der nordfranzösischen Kohle- und Textilindustrie, hat sich herausgeputzt. Barocke Häuser im flämischen Stil prägen das Stadtbild. Bis 1667 gehörte Lille zu Flandern, erst dann wurde es französisch. Die reich verzierten Bürgerhausfassaden aus dem 17. Jahrhundert wurden renoviert, zwölf ehemalige Fabriken und Industriehallen in Kulturzentren umgewandelt. Auch in Lille steht eine Rubensausstellung als Höhepunkt auf dem Programm. Die künftigen Kulturhauptstädte werden nach einem neuen Modus ausgewählt. Ab 2005 stellt jeweils ein EU-Land eine Kulturhauptstadt. Auf der Basis eines Rotationschlüssels wählt ein neues Gremium von Vertretern aus Europaparlament, EU-Kommission und Regionalausschuss die Kandidaten aus. 2005 wird die irische Stadt Cork Kulturhauptstadt sein. 2009 wird mit Linz wieder eine österreichische Stadt an die Reihe kommen.

Informationen im Internet: www.genova-2004.at und www.lille2004.fr.

■ Europäische Sicherheitsstrategie

Die Bedrohungen des 21. Jahrhunderts gehen einerseits vom Terrorismus, aber auch vom Zerfall von Staaten und regionalen Konflikten aus. Ungeachtet des vorläufigen Scheiterns einer europäischen Verfassung hat der Europäische Rat zu einer Linie in der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) gefunden. Jede der Bedrohungen erfordert eine Kombination von Instrumenten sowie frühzeitiges, abgestimmtes und vorbeugendes Handeln seitens der EU. Aufklärungsarbeit sowie polizeiliche, justizielle bis hin zu militärischen Mitteln sind die wichtigsten Instrumente im Kampf gegen den Terror. Gefordert sind politische Lösungen ebenso wie Wirtschafts- und Entwicklungshilfe, um Konflikte zu vermeiden. Als globaler Akteur will die EU in Zukunft aktiver sein, mehr Handlungsfähigkeit zeigen und in eng abgestimmten Aktionen vorgehen.

Zentrale Punkte des Anti-Terror-Aktionsplanes der irischen Ratspräsidentschaft, der von den Staats- und Regierungschefs der EU bei ihrem Gipfel in Brüssel beschlossen wurde, sind die so genannte Solidaritätsklauseln und die Einsetzung eines Anti-Terror-Koordinators. Der Niederländer Gijs de Vries soll zu einer Verbesserung der vielfach kritisierten europaweiten Zusammenarbeit beitragen. Der ehemalige Staatssekretär für Inneres soll in Brüssel beim EU-Rat angesiedelt und direkt dem EU-Außenbeauftragten Javier Solana unterstellt werden. De Vries Aufgabe wäre es, die Justiz- und Innenminister der Mitgliedsländer mit Informationen zu versorgen und die unterschiedlichen Maßnahmen der bald 25 EU-Staaten zu koordinieren. Der Beschluss der Solidaritätsklausel, die im europäischen Verfassungsentwurf vorgesehen ist, wird nun angesichts der Terroranschläge von Madrid vorgezogen. Die Klausel verpflichtet die EU-Partner zum Beistand, wenn ein Mitgliedsland Ziel eines Terroranschlags wird.



Wir freuen uns auf Ihren Besuch!
Raiffeisenbank
Neumarkt-Scheifling

mit Zweigstelle Mühlen

■ Agrar- und Strukturpolitik



Im Rahmen des bereits zur Tradition gewordenen Informationsabends der EFB referierte am 4. März 2004 Ministerialrat Ing. Ignaz Knöbl zum Thema „Agrar- und Strukturpolitik – wie geht es nach 2006 weiter?“ im Festsaal der Raiba Feldbach.

Knöbl, der im Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft für die Koordinierung der ländlichen Entwicklung

(darunter fällt etwa auch das Leader-Programm) verantwortlich ist, zeichnete eine vorsichtig optimistische Zukunftsperspektive für den ländlichen Raum. Im Ausblick darauf

- ist der Rahmen für die Direktzahlungen der GAP (Gemeinsame Agrarpolitik) bereits jetzt bis 2013 festgelegt.
- Werden die Maßnahmen der ländlichen Entwicklung im Rahmen der GAP europaweit noch an Bedeutung gewinnen.
- Wird es in den hoch entwickelten Mitgliedstaaten eine EU-



Regionalpolitik geben, wenn sich die Kommission mit ihren Finanzvorschlägen durchsetzt.

Diesen Informationen folgte eine rege Diskussion der beinahe 100 sehr interessierten Teilnehmer aus dem ganzen Bezirk, unter der bewährten Moderation vom Obmann der Bezirkskammer für Land- und Forstwirtschaft, Herbert Zach.

■ Chancen der Bioenergie



Den Auftakt der Veranstaltungen im Europahaus Neumarkt bildete ein Informationsabend in Zusammenarbeit mit der Bezirkskammer für Land- und Forstwirtschaft Murau zum Thema „Chancen der Bioenergieproduktion bei uns und in den mittel- und osteuropäischen Ländern“. Der Referent ÖR Karl Totter, Obmann der „Südsteirischen Energie und Eiweißherzeugung“ in Mureck, baute seine überzeugenden Aussagen auf drei Säulen auf: Klimaschutz, Beschäftigung und Sicherheit.

- **Klimaschutz:** Mit erneuerbarer Energie (Bioenergie) wird dem Treibhaus Effekt entgegengewirkt. Österreich hat sich gegenüber der EU verpflichtet, den Emissionsausstoß um 13%, in einem absehbaren Zeitraum zu reduzieren, schafft zur Zeit diese Anforderung aber noch nicht. Europaweit ist aber ein langsamer Anstieg zur erneuerbaren Energie zu vermerken.
- **Beschäftigung:** Wird mit fossiler Energie gearbeitet, so kommen beispielsweise auf 10.000 Einwohner 9 Beschäftigte, bei Einsatz von Bio-Energie, wie Holz, Wind, Sonne, Alt- und Pflanzenöl, welche praktisch vor der Haustüre wachsen, können hochgerechnet 135 Personen Arbeit finden.

- **Sicherheit:** Die Energiezukunft kann nicht auf Fossileriege aufgebaut werden. Ölreserven reichen nicht aus, soviel steht fest. Was in Jahrillionen gewachsen ist, wurde in wenigen Jahrzehnten weltweit geplündert. Die Sicherung der Öltransporte verschlingt ein mehr an Kosten, als die Energieerzeugung selbst. Wegen des schwarzen Goldes eskalieren Kriege.

Im Raume Neumarkt, sowie auch auf Bezirksebene, besteht spürbar massives Interesse, erneuerbare Energie zu forcieren. Es ist nicht nur ein Thema für die 5% der Bauern, sondern auch für die übrigen 95% der Bevölkerung! Viel Forschungsarbeit und Information, sowie ein ganzheitliches, langfristiges Denken und Planen werden noch nötig sein. Die Themen Klimaschutz und Umwelt betreffen ALLE! Dieser Appell richtet sich auch an die Politiker, so der Referent.



V.l.: Moderator DI Franz Rodlauer, BR Engelbert Weilharter, Vizebgm. Wolfgang Griedl, Referent ÖR Karl Totter, Bgm. Reinhard Racz, BO Max Wratschgo



Zum Einkauf aller Elektrowaren
Elektrogeräte - Radios und Fernseher

Elektro-FACH-Geschäft
E-WERK-NEUMARKT

**VERKAUF
REPARATUR
SERVICE**
Hauptplatz 4
Tel. 03584/2800

■ UEF-Kongress Genua

Der 20. Kongress der UEF fand vom 19.–21. März in Genua - in der Kulturhauptstadt Europas 2004 - statt, an dem auch eine starke Delegation der EFB und der JEF Österreich teilnahm, um über die Zukunft und Herausforderungen in einem erweiterten Europa zu debattieren.



v.l.: Max Wratschgo mit dem ehemaligen Ministerpräsident Sloweniens, Aloysius Peterle, Sabine Radl, Franz Josef Mathony und Jo Leinen. Leinen wurde als Präsident der UEF wiedergewählt. Vizepräsidenten sind Mag. Philipp Agathonos/Wien, Aloysius Peterle/Ljubljana und Sergio Pistone/Turin.

Peter Ustinov †

Der große Europäer und Präsident der Weltföderalisten WFM (World Federalist Movement) nahm seit 1991 an allen Kongressen der UEF teil und ist wenige Tage nach dem Genua-Kongress, an dem er nicht mehr teilnehmen konnte, verstorben.

Die UEF und WFM wurden im August 1947 in Montreux (Schweiz) gegründet. Nachdem die Europäische Verfassung und damit die politische Einheit Europas in greifbare Nähe gerückt ist, wollen sich die Europäischen Föderalisten verstärkt mit der Rolle Europas in der Welt und mit der Stärkung der UNO und des Völkerrechts beschäftigen. Unsere Mitarbeiterin Christa Hofmeister im Gespräch mit Sir Peter Ustinov beim UEF-Kongress 1999 in Bonn.



■ In Memoriam Karl Brunner

Anlässlich des 40. Todestages des großen Europäers und Gründers des Europahauses Neumarkt, Karl Brunner, legten die Europäische Föderalistische Bewegung und das Land Steiermark am Grabe von Karl Brunner im Stadtfriedhof Murau Kränze nieder. In der Gedenkfeier erinnerte der Murauer Bürgermeister **Herbert Bacher** an den Lebenslauf **Karl Brunners**. Landtagspräsident **Reinhold Purr** und **BO Max Wratschgo** würdigten vor allem die vielseitigen Verdienste Brunners als Vorreiter der Friedensidee Europa.

An der Gedenkstunde nahmen u.a. BR Engelbert Weilharter, LAbg. Johann Bacher, BH Dr. Wolfgang Thierriecher, Fürst Karl Schwarzenberg, Stadtpfarrer Mag. Anton Herk-Pickl, Monsignore Klement Moder, Bürgermeister des Bezirkes und der Sohn Johann Brunner teil.



■ Zukunftsfragen

In einem Vortragsabend der EFB, des Vereines zur Förderung Internationaler Begegnungen Volkskunst und der Bundesbildungsanstalt für Kindergartenpädagogik sprach am 19. 3. 2004 in Hartberg der EP-Abgeordnete, **UProf. Dr. Reinhard Rack** über Zukunftsfragen im erweiterten Europa. Rack verband seine Ausführungen mit einem Appell: „Um alle Probleme und Zusammenhänge richtig erfassen zu können, wird von uns allen ein neues Denken gefordert. Die Herausforderungen sind bestimmt nicht leicht zu meistern und aus diesem Grund ist es auch wichtig, bei der am 13. Juni 2004 anstehenden Europawahl seine Stimme abzugeben.“

9. MAI 2004 - EUROPATAG

Gefördert durch:

DAS ZUKUNFTSMINISTERIUM

bm:bwk

NEUMARKTERHOF

Familie REIF

Gasthof – Pension

8820 NEUMARKT, Tel. 0 35 84 / 22 87

www.neumarkterhof.at

Wir freuen uns auf Ihren Besuch!

Für den verwöhnten Gast
Hotel „garni“

LUKANZ

8820 Neumarkt/Steiermark

Telefon 0 35 84 / 22 39

www.lukanz.at

■ Europäische Außenpolitik auf dem Prüfstand

Der Beitrag der Beitrittsländer zu den Beziehungen der EU mit den USA und Russland.

Info Point Europa am Rathausplatz in Wien öffnete von 27. bis 28. Februar 2004 wieder einmal seine Pforten, um föderalistischen Diskussionen Platz zu geben. Die Referenten kamen aus Belgien, Deutschland, Italien, Litauen, Russland, Österreich, Tschechien, Ungarn und den USA und widmeten sich an den beiden Tagen in fünf Panels verschiedenen Fragen der Europäischen Außenpolitik: „Die Rolle Mitteleuropas in der Europäischen Außenpolitik“, „Gemeinsame Europäische Verteidigung vs. NATO“ und „Föderalismus als Lösungsmodell“.

Im Abschluss-Panel wurde nochmals der allgemeinen Frage nach der Rolle der Mitgliedstaaten in den Beziehungen der EU zu den USA und Russlands nachgegangen.

Dennis J.D. Sandole, Fulbright Professor an der österreichischen Akademie der Wissenschaften, sieht in der Europäischen Bewegung die größte friedensbringende Organisation, falls es ihr gelinge, auf Dauer Kriege in Europa, und längerfristig weltweit, zu lösen.

Ein grundsätzliches Definitionsdilemma schickte Heinrich Neisser der gesamten Fragestellung voraus. „Wie sieht einerseits die demokratische Entwicklung Russlands aus und können die Beitrittsstaaten einen Beitrag leisten, ohne dass es eine gemeinsame Verteidigungspolitik gibt?“ so der Jean Monnet Professor der Universität Innsbruck. Erst wenn diese Fragen gelöst seien und wenn der ‚Messianismus‘ der USA geklärt sei, könne sinnvoll über den Beitrag der Beitrittsländer diskutiert werden.

Über 60 Teilnehmer aus 24 Ländern lauschten nicht nur gespannt den politischen und wissenschaftlichen Statements, sondern brachten in den anschließenden Diskussionen weitere interessante Perspektiven mit ein. Veranstaltet wurde die Tagung von der Europäischen Bewegung Österreich im Rahmen des von der Europäischen Kommission unterstützten transnationalen Projektes „Enlarge Your Knowledge“ in Zusammenarbeit mit der UEF, der JEF/BEJ sowie dem Info Point Europa Wien des Wiener Wirtschaftsförderungsfonds.

■ EU-Beitrittskandidat Rumänien

Seit über 10 Jahren bestehen intensive Kontakte zwischen der EFB und dem Banater Bergland. Auf Einladung des Demokratischen Forums der Banater Berglanddeutschen (DFBB) begleitete die EFB mit Max Wratschgo und Christine Hofmeister, den Landeshauptmann der Steiermark, Waltraud Klasnic, am 12. und 13. März 2004 in das Banater Bergland.



Der Besuch startete in Steierdorf, wo sehr deutlich spürbar war, wie die in ihrer Heimat fest verwurzelten Menschen ihre Ursprungsheimat Steiermark nicht vergessen haben. Der Vorsitzende des DFBB, Erwin Tigla, unterstrich, dass dieser Besuch die neue Politik des DFBB illustrieren soll, nämlich der bisher existierenden kulturellen und sozialen Dimension der Beziehungen, die wirtschaftlichen hinzuzufügen.



Krönenden Abschluss des sehr arbeitsintensiven Besuches mit Begegnungen der Politik, mit Schulen, der Vinzenzgemeinschaft und einer Pressekonferenz, war die Überreichung des ‚Alexander Tietz-Preises‘ und der Ikone mit den Europa-Schutzheiligen Benedikt, Cyrill und Method an LH Waltraud Klasnic.

IN VIELFALT GEEINT
9. MAI 2004 - EUROPATAG



■ Grenzaktionen

In einer Vielzahl von Aktionen werden an den „Noch-Grenzen“ die zehn Neuen in der EU am 1. Mai 2004 empfangen. Mit diesen Grenzaktionen wollen die Europäischen Föderalisten, als Vorreiter des Europa-Gedankens seit fast 50 Jahren, die neuen Mitglieder der Europäischen Union und ihre Bürger kennen lernen, sie als gleichberechtigte Partner anerkennen und aufnehmen, aber auch sich an ihnen messen und von ihnen lernen. Das Friedensprojekt Europa muss im Vordergrund stehen.

Welcome in Europe – Wir begrüßen unsere Nachbarn in der EU

Mit der Erweiterung der EU wird die Spaltung Europa endgültig überwunden. Die Grenzen öffnen sich, historische Bande können wieder aufgenommen werden. Die neuen Mitglieder bereichern die EU kulturell und wirtschaftlich.

Die Chance für wirtschaftlichen Aufschwung kann beide Seiten beflügeln. Natürlich, große Veränderungen bewirken große Sorgen und Ängste, Probleme können aber im Geist der Solidarität bewältigt werden.

Die EU war von Anfang an ein Friedenswerk. Durch die Erweiterung der EU werden Frieden und Demokratie in Europa gefestigt. Wir wollen gemeinsam mit den Menschen in den neuen EU-Ländern am Aufbau des vereinten Europa arbeiten.

Welcome in Europe – Köszöntjük szomszédainkat az EU-ban

A Bővítéssel Európa kettéosztottsága végérvényesen megszűnik. Megnyílnak határok, összeforr, amit a történelem elszakított. Az új tagállamok kulturális és gazdasági szempontból is gyarapítják az Uniót.

Mindkét oldalnak szárnyakat adhat a gazdasági fellendülés lehetősége. Természetesen a nagy horderejű változások nagy félelmeket, aggodalmat válthatnak ki, a szolidaritás égisze alatt azonban minden problémára van megoldás.

Az Európai Unió a kezdetektől fogva a béke megteremtéséért dolgozott. A Bővítéssel megszilárdul Európában a béke és demokrácia.

A csatlakozó államok polgáraival közösen szeretnénk felépíteni kibővített Európánkat.

Welcome in Europe - Pozdravljamo sosede v Evropski uniji

Z iritvijo se dokonèno odpravi razdvojenost Evrope. Odprejo se meje, združi se kar je zgodovina razloèila. Nove èlanice bogatijo unijo tako s kulturnega kot z gospodarskega vidika. Obe strani se bosta lahko tudi gospodarsko razvijali. Seveda velike spremembe lahko povzroèijo strah in mnogo skrbi, toda pod za èito solidarnosti za vsak problem obstaja reitev.

Evropska unija je e od vsega zaèetka delala na tem da se ustvari mir. Z raz iritvijo se utrdi mir in demokracija v Evropi.

Skupaj z prebivalci novih èlanic bi elei zgraditi na o raz irjeno Evropo.

■ 9. Mai Europatag

Dieser Tag erinnert daran, dass die Völker Europas sich entschlossen haben, gemeinsam ihre Probleme zu lösen und sich für den Frieden einzusetzen. Der 9. Mai 1950 war das Datum einer Rede des französischen Außenministers Robert Schuman - der erste Schritt auf dem Weg zur Europäischen Union. Heute steht die Europäische Union vor der Herausforderung, eine entscheidende Erweiterung zu bewältigen und damit die Teilung des Kontinents endgültig zu überwinden.

Auf der europäischen Fahne sind 12 Sterne kreisförmig angeordnet. Die Zahl der Ster-



ne wird auch nach dem Beitritt neuer Mitgliedstaaten nicht verändert.

Die europäische Hymne ist das Vorspiel zur "Ode an die Freude" aus der neunten Symphonie von Beethoven.

Am 1. Mai 2004 sind zehn Staaten beigetreten: Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechische Republik, Ungarn, Zypern.

Der heutige Europatag soll uns diese Länder näher bringen.

Der Europatag 2004 steht im Zeichen der EU-Erweiterung und der Wahlen zum Europäischen Parlament am 13. Juni.

Kulinarischer Gastgarten, tanzen, singen, musizieren mit Gruppen aus den Beitrittsländern und Präsentationen von Schul-

und Partnerschafts-Projekten in allen österreichischen Hauptstädten und zahlreichen Gemeinden. Dazu Informationen, Europa-Quiz und Info-Stände von europäischen Organisationen.

Eigentümer, Verleger, Herausgeber: Europäische Föderalistische Bewegung/Bund Europäischer Jugend. Redakteure: Karl Menzinger, Max Wratschgo, Wolfgang Wratschgo. Sitz des Verlages: 8330 Feldbach, Jahnweg 5, Tel. 03152/2497, Fax-14, e-mail: die.europaer@europajugend.at.
Druck: Scharmer Ges.m.b.H. & Co. KG, A-8330 Feldbach, Torplatz 2a, Tel. 03152/2318, Fax 5458, e-mail: daten@scharmer.at, ISDN: 03152/2318-6

Zulassungsnummer: GZ 02Z033230 M

Erscheinungsort 8330 Feldbach, Verlagspostamt 8330 Feldbach, P. b. b.

IN VIELFALT GEEINT
9. MAI 2004 - EUROPATAG

Gefördert durch:

DAS ZUKUNFTSMINISTERIUM

bm:bwk